



1 Antragsteller: Kreisvorstand

2 A1 - Antrag zum SPD-Kreisparteitag:

3 **Die Zukunft der Renten- und Alterssicherungspolitik:**

4 **Einkommensarmut bekämpfen - die gesetzliche Rentenversicherung**
5 **stärken**

6 Beschlussentwurf:

7 **Einkommensarmut bekämpfen - die gesetzliche Rentenversicherung stärken**

8 Die Sorge der Menschen vor Armut im Alter wächst. Die Unsicherheit betrifft nicht nur
9 Menschen mit geringem Einkommen oder Menschen ohne Arbeit, sondern hat weite Teile
10 der Mittelschicht erfasst. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es
11 zentrale Aufgabe des Sozialstaates, Alle an der Entwicklung von Einkommen und
12 Wohlstand zu beteiligen. Deshalb bedarf es einer auskömmlichen Alterssicherung, wenn
13 die Altersgrenze erreicht oder infolge einer schweren gesundheitlichen Beeinträchtigung
14 eine Erwerbsunfähigkeit eingetreten ist.

15 **Ursachen von Altersarmut vorbeugen**

16 Erwerbsarmut ist die Hauptursache dafür, dass Menschen im Alter auf staatliche
17 Unterstützung angewiesen sind. Deshalb gilt für uns: Die Bekämpfung von
18 Langzeitarbeitslosigkeit, die Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse und bessere Löhne
19 müssen vorrangige Themen sein. Im Widerspruch dazu blockiert die schwarz-gelbe
20 Bundesregierung den gesetzlichen Mindestlohn oder die Beschränkung der Leih- und
21 Zeitarbeit. Statt Ursachen zu bekämpfen, liefert Bundesarbeitsministerin von der Leyen mit
22 der so genannten „Zuschussrente“ eine Scheinlösung. Denn die Zugangsvoraussetzungen
23 sind so unrealistisch gestaltet, dass gerade Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit
24 geringen Löhnen sie kaum erfüllen können.

25 Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro und die Stärkung der Tarifbindung
26 mit höheren Löhnen und Gehältern sind darum als wichtige Forderungen für die
27 Vermeidung von Altersarmut genannt. Auch das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
28 sowohl für Frauen und Männer als auch im Bereich der Leih- und Zeitarbeit muss
29 durchgesetzt werden. Die SPD will dafür sorgen, dass alle Menschen die Chance auf gute
30 Arbeit und Einkommen haben: mit einer wachstumsorientierten Industriepolitik, mehr
31 Ausbildungsplätzen, besserer Bildung und einer beitragsfreien Kinderbetreuung.

32 **Unsere Ziele: Armut vermeiden, Lebensstandard sichern, solidarisch sein**

33 Die SPD setzt sich dafür ein, bei einer zukunftsweisenden Renten- und
34 Alterssicherungspolitik mehrere Ziele gleichermaßen zu berücksichtigen, um dem
35 Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes Rechnung zu tragen. Diese Ziele sind:

Armutsvermeidung: Wir wollen Einkommensarmut im Alter verhindern und vorbeugen. Ältere Menschen sollen ein Einkommensniveau erreichen, das mindestens dem sozial-kulturellen Existenzminimum der Gesellschaft entspricht und ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Lebensstandardsicherung: Ein weiteres Ziel ist die Lebensstandardsicherung. Da sich der Einkommensbedarf im Alter an dem, im Erwerbsarbeitsleben erreichten, durchschnittlichen Einkommensniveau orientiert, wäre ein Absinken des Einkommens beim Berufsaustritt bis an die Armutsgrenze gleichbedeutend mit einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebenslage. Die Alterssicherung muss deshalb dazu beitragen, derartige drastische Einkommenseinschnitte zu vermeiden.

Solidarausgleich: Wir wollen in der Alterssicherung auch jene Lebensphasen absichern, die nicht durch Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen bzw. nur durch ein niedriges Erwerbseinkommen bestimmt sind. Damit sind gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten wie Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen gemeint oder Umstände, in denen aufgrund von Krankheiten, Behinderungen oder Arbeitslosigkeit eine Erwerbsarbeit nicht aufgenommen werden konnte.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es von großer Bedeutung, dass diese Ziele sich wechselseitig bedingen und gleichzeitig erfüllt werden sollen. Der demografische Umbruch macht es nicht leicht, diese Ziele zu erreichen. Gleichwohl ist es möglich, wenn die richtigen Weichenstellungen vorgenommen werden. So muss etwa eine solidarische, hälftige Finanzierung der Lasten zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern sichergestellt werden. In diese Finanzierung müssen auch Freiberufler, Selbständige und Beamte mit aufgenommen werden. Selbstverständlich dürfen Bezieher von Erträgen aus Kapital und Immobilien hier nicht ausgenommen werden.

Risiken der kapitalgedeckten Altersvorsorge

Eine individuelle Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung, die im Alter natürlich keinen vollständigen Lohnersatz bieten kann, durch unterschiedliche Formen der betrieblichen und privaten Vorsorge, war und ist notwendig. Allerdings haben sich die Entscheidungen, die mit den Rentenreformen ab 2001 getroffen worden sind, die betriebliche und private Vorsorge als Ersatz für die abgesenkten Leistungen der Rentenversicherung vorzusehen, als nicht erfüllbar herausgestellt.

Für den Aufbau eines Kapitalstocks müssen auch bei der arbeitnehmerfinanzierten betrieblichen Altersvorsorge die Arbeitnehmer auf Teile ihres Einkommens verzichten. Gleichmaßen führt die private Altersvorsorge zu einer Verminderung des verfügbaren Einkommens. Auch die staatliche Förderung dieser beiden Vorsorgeformen führt zu Belastungen bei den Beitragszahlern. Es war daher falsch, nur auf die gesetzliche Rentenversicherung und deren steigenden Beitragssatz zu schauen. Die Belastungen für die Beschäftigten müssen offen benannt werden, statt diese in der betrieblichen und privaten Vorsorge zu verstecken.

Die nunmehr seit mehreren Jahren anhaltenden tiefgreifenden Verwerfungen auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten lassen die Risiken einer kapitalgedeckten Altersvorsorge sichtbar werden. Die Renditen haben sich angesichts sinkender Zinsen drastisch verringert und die Kapitalanlage auf den internationalen Aktien- und Anleihemärkten ist unsicherer denn je. Vor diesem Hintergrund wäre es falsch,

kapitalgedeckte, unregulierte Systeme als Ersatz für Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung weiter auszubauen. Durch die Finanzkrise zeigt sich besonders deutlich, dass sich Risiken durch eine Solidarversicherung innerhalb und zwischen den Generationen besser abdecken lassen als durch eine Privatisierung und Individualisierung der Altersvorsorge.

Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung beibehalten

Die oftmals als unmodern und überholt bezeichnete gesetzliche Rentenversicherung ist demgegenüber eine wirklich kostengünstige und bürgerfreundliche Alternative. Die Rentenversicherung kennt keine Probleme der Unverfallbarkeit und Übertragbarkeit, weist geringe Verwaltungskosten auf, kann anders als die privaten Systeme auch jene Lebensphasen absichern, die nicht durch Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen gekennzeichnet sind und genießt immer noch ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung.

Die gesetzliche Rentenversicherung wird allerdings mit einem grundlegenden Legitimations- und Akzeptanzproblem konfrontiert, wenn selbst langjährige Beitragszahlungen zu einer Rente führen, die nicht höher ist als die Sozialleistung „Grundsicherung im Alter“. Wenn diese Konsequenz nicht gewollt ist, dann muss erreicht werden, dass das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung nicht weiter absinkt, sondern sich zumindest auf dem jetzigen Niveau stabilisiert. Ein gesetzliches Rentenniveau, das nicht vor Altersarmut schützt, ist nicht akzeptabel.

Nach den Vorausberechnungen der Bundesregierung wird sich das Rentenniveau bis 2025 weiter auf 46,3 % verringern. Die in das Gesetz eingefügte Sicherungsklausel sieht vor, dass die Untergrenze des Rückgangs des Rentenniveaus bei 43 % im Jahr 2030 liegt. Bei einem sinkenden Rentenniveau kommt es im wachsenden Maße zur Überschneidungen von Renten einerseits und Grundsicherung im Alter andererseits. Die gesetzliche Rentenversicherung muss daher in die Lage versetzt werden, das jetzige Rentensicherungsniveau nachhaltig zu garantieren und zu finanzieren.

Zur Finanzierung dieses Rentenniveaus lässt sich im Wesentlichen an zwei Stellschrauben drehen: Zum einen durch Erhöhung der Beitragssätze, zum anderen durch einen größeren Steuerzuschuss. Die derzeitige politische Vorgabe ist es, den Beitragssatz für die gesetzliche Rentenversicherung bis 2030 nicht über 22% steigen zu lassen. Wie die wirtschaftliche Lage zeigt, ist die deutsche Industrie sehr wettbewerbsfähig. Dies wird sich nicht deswegen ändern, wenn der Arbeitgeberbeitragssatz zur Rentenversicherung etwas stärker ansteigt, zumal sich der Anstieg über Jahrzehnte strecken wird. Und den Beschäftigten lässt sich durchaus vermitteln, dass dadurch im Alter mehr soziale Sicherheit geschaffen wird als der Schritt zu einem weiteren Ausbau kapitalgedeckter Vorsorgesysteme. Daher darf die geplante Beitragssenkung auf 19% nicht umgesetzt werden. Vielmehr ist das Gesetz, das die Beschränkung der Reserve auf 1,5 Monate eingrenzt, anzupassen bzw. aufzuheben. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt, dass das private Vermögen in Deutschland nach wie vor auch in der Finanzmarktkrise gewachsen ist. Durch eine Vermögensabgabe ließe sich zum Beispiel Spielraum für einen höheren Steuerzuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung schaffen. Dadurch würden sich auch die höheren Einkommen stärker am Solidarausgleich zwischen den Generationen beteiligen, der in den Sozialversicherungen durch die Beitragsbemessungsgrenze beschränkt ist.

124 **Die gesetzliche Rentenversicherung stärken**

125 Die gesetzliche Rente muss der stabile Kern der Alterssicherung bleiben. Neben der
126 Beibehaltung des jetzigen Rentenniveaus wollen wir die Leistungen der gesetzlichen
127 Rentenversicherung an die tatsächlichen Lebenslagen vieler Menschen anpassen, um
128 ihnen einen verdienten Ruhestand zu ermöglichen:

129 Solidarrente: Wer lange gearbeitet hat, soll im Alter sicher sein, mehr zu bekommen, als die
130 Grundsicherung im Alter. Mit 30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahren sollen alle
131 Menschen Anspruch auf eine Solidarrente von 850 Euro haben, die aus Steuermitteln
132 finanziert wird. Die Solidarrente böte die Möglichkeit, diese zu einer von den Mitgliedern
133 der Rhein-Erft SPD geforderten individuellen Mindestrente als Schritt hin zu einem
134 Grundeinkommen auszubauen.

135 Erwerbsminderungsrente: Eine Verbesserung der Erwerbsminderungsrente soll der Angst
136 begegnen, bei gesundheitlichen Problemen nicht mehr arbeiten zu können. Wir fordern
137 deshalb, dass der Zugang zur Erwerbsminderungsrente zukünftig abschlagsfrei erfolgen
138 soll. Dabei müssen die „Verhinderungstaktiken“ der Rententräger reguliert werden. Der
139 zeitweiligen Willkür gegenüber dem Antragssteller muss Einhalt geboten werden. Wir
140 wollen damit gesetzliche Rahmenbedingungen für sichere und flexible Möglichkeiten zum
141 Übergang in den Ruhestand schaffen.

142 Erwerbstätigenversicherung: Die gesetzliche Rentenversicherung soll schrittweise zu einer
143 Versicherung ausgebaut werden, in die alle Berufstätigen einzahlen und in der alle
144 versichert sind.

145 In einer immer differenzierteren Arbeitswelt ist es schwieriger geworden, für alle
146 Beschäftigten gleiche Formen des Eintritts ins Rentenalter zu schaffen. Nicht jeder
147 Rentenzugang passt für alle, jedoch muss es für alle einen passenden Rentenzugang
148 geben. Das sind die Herausforderungen, denen wir uns heute stellen müssen. Die
149 Vorschläge der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schaffen die Voraussetzungen,
150 diese zu meistern.

151 Für die notwendigen miteinander verbundenen Reformen des Arbeitsmarktes und des
152 Rentensystems brauchen wir den Dialog mit den Gewerkschaften und deren
153 Unterstützung. Ebenso suchen wir den Austausch mit Experten aus Wissenschaft,
154 Wirtschaft, Kirchen und Sozialverbänden.

155 Gute Renten- und Alterssicherungspolitik braucht mehr denn je die offene
156 Auseinandersetzung. Die anspruchsvollen Wege, die gegangen werden müssen, brauchen
157 die Zustimmung der Mehrheit der Menschen und ihre Beteiligung an einer Politik für eine
158 Gesellschaft mit hohem Wohlstand, sozialer Gerechtigkeit und friedlichem Miteinander.



1 Antragsteller: Kreisvorstand

2 A2 - Antrag zum SPD-Kreisparteitag:

3 **Für eine vorbeugende Sozialpolitik**

4 Beschlussentwurf:

5 Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Rhein-Erft-Kreis stehen im Kreis und in
6 den Städten für eine präventive Sozialpolitik. Nicht die Reparatur von Missständen,
7 sondern die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben und das
8 frühzeitige Erkennen von Gefährdungen sowie das entschiedene Gegensteuern ist unsere
9 Politik. Die notwendigen Mittel werden wir bereitstellen. Dies hat Vorrang vor der ständig
10 wiederholten „Fabel“ vom schuldenfreien Kreis, die als willkommenes Argument für
11 Nichthandeln dient.

12 Wir fordern einen Armutsbericht für den Kreis, der verlässliche Zahlen darüber liefert, wie
13 viele Menschen auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind und wie viele Menschen mit
14 einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums leben müssen.

15 Wir fordern die Inklusion aller Menschen mit Behinderungen und deren gleichberechtigte
16 Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, nicht nur im Bildungsbereich. Hierbei sind
17 selbstverständlich auch die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen, die den Menschen mit
18 Behinderungen (+50 % GDB) gleichgestellt sind.

19 Wir fordern den flächendeckenden Einsatz von Schulsozialarbeitern an allen Schulen.

20 Wohnraum ist knapp und verteuert sich. Wir fordern: Wohnen muss einschließlich aller
21 Nebenkosten für alle Einkommensklassen bezahlbar bleiben.

22 Anstelle öffentlichkeitswirksamer Einzelmaßnahmen fordern wir endlich eine
23 abgeschlossene Konzeption zur Unterstützung demenzkranker Mitbürgerinnen und
24 Mitbürgern sowie deren Angehöriger.

25 Wir fordern ein mit den Städten abgestimmtes Konzept zur Lösung der Probleme des
26 demographischen Wandels im Kreis.

27 Begründung:

28 Nach einer aktuellen Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes sind 15,8% der
29 Bevölkerung in Gefahr, arm zu werden. Auf den Rhein-Erft-Kreis herunter gebrochene
30 Zahlen sind nicht bekannt.

31 Nach dem Prüfbericht der Gemeindeprüfanstalt NRW zum Kreishaushalt 2009 gehört der
32 Rhein-Erft-Kreis zu den Kreisen mit der stärksten Wirtschaftskraft im Lande. Im Gegensatz
33 zu anderen wirtschaftlich starken Kreisen in NRW hat er jedoch die dritthöchste
34 Sozialbelastung im Lande. Dieses Missverhältnis wollen wir verbessern. Nach unserer
35 Grundüberzeugung sollen alle Menschen im Kreis an der wirtschaftlichen Stärke teilhaben.

36 Die Mehrheit im Kreistag rühmt sich seit fünf Jahren der Schuldenfreiheit, mit der Folge,

37 dass sie keine Kredite für Investitionen im Haushalt mehr aufnimmt. Die unsichtbare
38 Schere der Schuldenfreiheit ist Richtschnur allen Handelns geworden. Zahlreiche
39 Investitionen werden so verhindert.

40 Eine Gebietskörperschaft ist dazu da, Leistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger zu
41 erbringen. Sie soll diese wirtschaftlich erbringen, das ist jedoch kein Selbstzweck. Im
42 Vordergrund müssen die Anforderungen und die Bedürfnisse sowie die optimale
43 Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Leistungen zu stehen.

44 Wichtige Grundlage für das sozialpolitische Handeln ist es, genaue Zahlen über die
45 sozialen Problemstellungen im Kreis zu kennen. Eine entsprechende Untersuchung wollen
46 wir anstoßen.

47 Nach der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen aus dem Jahr
48 2006 hat jedes Kind das Recht, eine Regelschule zu besuchen. Im Landtag wird ein
49 Gesetzentwurf beraten, um dieses Ziel in unserem Schulsystem umzusetzen. Leider hat
50 sich die Landtagsopposition nach der für sie verlorenen Landtagswahl von der ursprünglich
51 bei diesem Thema bestehenden Gemeinsamkeit verabschiedet. Sobald das Gesetz
52 verabschiedet ist, muss zwischen Städten und Kreis ein Konzept zur schrittweisen
53 Umsetzung erstellt werden.

54 Inklusion erschöpft sich allerdings nicht im Bereich der Schule, sie umfasst die Integration
55 behinderter Mitbürgerinnen und Mitbürger in allen Bereichen der Gesellschaft. Wir werden
56 daher das Inklusionskonzept für die Schulen durch einen umfassenden Inklusionsplan
57 ergänzen, wobei wir uns an den Eckpunkten des Landesinklusionsplanes orientieren
58 werden.

59 Wir fordern seit längerem Schulsozialarbeiter an den Schulen des Kreises. Sie tragen zur
60 Lösung sozialer Probleme in der Schule und im familiären Umfeld der Schüler bei. Zunächst
61 wurde die Notwendigkeit von der Mehrheit des Kreistages bestritten, dann die Einführung
62 aus finanziellen Gründen abgelehnt. Inzwischen wurden auf Druck der SPD im Bildungs-
63 und Teilhabepaket entsprechende Stellen eingerichtet, die zwischen den Städten und dem
64 Kreis aufgeteilt sind. Die Stellen sind auf drei Jahre befristet, danach geht die
65 Gesetzesbegründung der Bundesarbeitsministerin davon aus, dass die Kommunen die
66 Kosten aufgrund der schrittweisen Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den
67 Bund selbst tragen. Wir fordern die dauerhafte Einrichtung der Stellen für
68 Schulsozialarbeiter an allen Schulen.

69 Wohnen ist für viele Menschen im Rhein-Erft-Kreis eine Herausforderung geworden.
70 Ursächlich dafür sind unterschiedliche Aspekte, die allerdings deutlich machen, dass man
71 den Immobilienmarkt nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen darf, sondern als
72 öffentliche Hand steuernd eingreifen muss. Weite Teile des Rhein-Erft-Kreises sind auf
73 absehbare Zeit Zuzugsregion. Wohnraum ist knapp und verteuert sich. In den kommenden
74 Jahren fallen erheblich mehr Sozialwohnungen aus der Preisbindung, als neue geschaffen
75 werden. Wohnraum muss für alle Einkommensklassen bezahlbar bleiben. Dafür zu sorgen,
76 ist gemeinsame Aufgabe auch der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Die
77 Nebenkosten steigen bedingt durch die allgemeine Entwicklung auf dem Energiemarkt an.
78 Versorgungsunternehmen greifen bei einkommensschwachen Haushalten im
79 Zahlungsverzug immer rigorosere Schritte bis hin zur Einstellung der Leistung. Energetische
80 Sanierungen helfen zwar, die Kosten zu stabilisieren oder zu senken, stellen aber sowohl
81 für Eigentümer als auch für Mieter eine zusätzliche Belastung dar, da Investitionen getätigt
82 bzw. auf die Mieten umgelegt werden.

83 Der Rhein-Erft-Kreis hat sich der Probleme demenzkranker Mitbürgerinnen und Mitbürger
84 angenommen. An die Stelle einer ursprünglich einmal beschlossenen, mit den
85 Sozialverbänden abgestimmten Konzeption ist jedoch ein Versuchsstadium mit kleinen,

86 aber öffentlichkeitswirksamen Einzelmaßnahmen getreten. Wir erkennen das Engagement
87 der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an solchen Maßnahmen ausdrücklich an. Jedoch ist
88 es jetzt an der Zeit, eine geschlossene Konzeption zu erstellen, wie wir diesem
89 gesellschaftlichen Problem im Kreis begegnen wollen.

90 Zu den Herausforderungen des demographischen Wandels hat die SPD im Rhein-Erft-Kreis
91 auf ihrem Parteitag im Jahre 2006 einen Leitantrag mit zahlreichen Forderungen und
92 Vorschlägen verabschiedet. Der Kreis hat einen Demografiebericht erstellt und den Städten
93 zugeleitet. Wir fordern nunmehr die Umsetzung der zahlreichen Vorschläge und
94 Maßnahmen. Die Gestaltung der Zukunft darf nicht an der verbewirksamen
95 Schuldenfreiheit in der Gegenwart scheitern.



1 Antragsteller: Kreisvorstand

2 A3 - Antrag zum SPD-Kreisparteitag:

3 **Mit der Innovationsregion für den Rhein-Erft-Kreis: Auf zu**
4 **neuen Energien!**

5 Beschlussentwurf:

6 Die Rhein-Erft SPD will, dass der Rhein-Erft-Kreis mit seiner Tradition in Industrie und
7 Stromproduktion einen aktiven Beitrag zur Energiewende leistet. Die SPD begrüßt daher,
8 dass die Innovationsregion Rheinisches Revier künftig vor allem in den Bereichen
9 Solarwirtschaft, Strom-Speichertechnologien, Elektromobilität, Bioökonomie sowie
10 klimaneutrales Wohnen, Logistik, Fachkräftesicherung und Infrastruktur Schwerpunkte
11 setzen wird. Wir fordern die RWE AG auf, in diesem Prozess ihrer Verantwortung für die
12 Region gerecht zu werden und wir fordern die Geschäftsstelle der Innovationsregion auf,
13 sich stärker um Energie-Innovationsvorhaben im zentralen Revier zu kümmern.

14 Begründung:

15 Die Gestaltung der Energiewende ist für den Rhein-Erft-Kreis eine große Chance. Die über
16 ein Jahrhundert entwickelte Kompetenz der Menschen dieser Region gilt es nun zu nutzen,
17 um konventionelle Energie auf höchstem Niveau effizient zu erzeugen und gleichzeitig den
18 Umstieg auf erneuerbare Energien voranzutreiben. Die SPD hat mit der Einrichtung der
19 Innovationsregion Rheinisches Revier einen Rahmen geschaffen, der diesen Prozess
20 erstmals systematisch vernetzt für die gesamte Region vorantreibt. Neben Vertretern von
21 Unternehmen, von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen und Gewerkschaften sind
22 im Beirat auch Bürgermeister, Landräte gemeinsam mit Regierungspräsidenten, Bundes-
23 und Landtagsabgeordneten – aber auch verschiedenen Staatssekretären der
24 Landesregierung direkt an einem Tisch. Kürzer waren die Wege noch nie, um aus guten
25 Ideen auch realistische politische Projekte zu machen. Besonders in die Pflicht nehmen wir
26 das bergbautreibende Unternehmen. RWE steht in der Verantwortung, der Region durch
27 neue Impulse gerade im Bereich Forschung und Entwicklung für die Energiewende
28 verbunden zu bleiben.

29 Die Innovationsregion ist so im Kern auch ein industriepolitisches Projekt, das an der
30 Braunkohleförderung ansetzt und die These vertritt, dass man aus Kohle in den
31 kommenden Jahrzehnten noch Intelligenteres machen kann als nur Wasser zu erwärmen,
32 um Strom zu erzeugen. Die interessanten Potenziale der Kohle-Chemie werden dem
33 wertvollen Kohlenstoff künftig mehr gerecht. Hier ist das bergbautreibende Unternehmen
34 gefordert neue Impulse zu setzen.

35 Die Innovationsregion Rheinisches Revier ist bewusst keine Fortsetzung der Regionale 2010
36 und auch kein Tourismusprojekt. Während die konservativ-grüne Mehrheit im Kreis glaubt,
37 mit einem Skilift und der Entdeckung „schwerkraftbezogener“ Bewegungen (Zitat!) Neues
38 zu entdecken – glauben wir, dass in Bewegungen von oben nach unten nur begrenzt
39 Spektakuläres liegt. Wer Lifte bauen will, soll das tun, aber bitte nicht mit Steuergeldern.

40 Die SPD will das Know How der Region für die Energiewende nutzen. Wir unterstützen die
41 in der Innovationsregion vorgestellten neuen Übergangssysteme zwischen Schule und

42 Beruf, bei denen gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als künftiger
43 Standortvorteil in den Blick rücken. Hierzu brauchen wir eine enge Vernetzung zwischen
44 Wirtschaft und unseren Fachkräften von morgen. Als größter Arbeitgeber der Region kann
45 die RWE AG gemeinsam mit dem Kreis einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der
46 Fachkräftepotenziale – und damit Know How-Sicherung leisten, indem mittelständische
47 Betriebe in diesem Bereich gezielt unterstützt werden.

48 Auch unterstützen wir Vorstöße von Kommunen im Bereich der Erzeugung Erneuerbarer
49 Energien selbst aktiv zu werden. Hierbei fördern wir auch Beteiligungsmodelle, bei denen
50 die Bürgerinnen und Bürger der zehn Städte im Kreis selber Beteiligungen z. B. an
51 Windparks vor Ort erwerben können. Die Kommunen müssen – unabhängig von der
52 Haushaltssituation – durch intelligente Finanzierungsmodelle in die Lage versetzt werden,
53 selber zu Erzeugern Erneuerbarer Energien zu werden. Die SPD Rhein-Erft will gerade die
54 Kommunale Erzeugung Erneuerbarer Energien voranbringen. Auch aus
55 Gerechtigkeitsgründen ist es falsch, dass durch die bisherige Förderpolitik Mieter in NRW
56 die Photovoltaikanlagen von Eigenheimbesitzern in Bayern finanzieren.

57 Wir begrüßen auch, dass die Landesregierung beim Thema „Stromspeicher“ das
58 Aufgabengebiet der Innovationsregion Rheinisches Revier konkretisiert hat. Das hilft
59 gerade innovative Unternehmen der Batterieentwicklung in unserem Rhein-Erft-Kreis zu
60 fördern. Die Zukunft der Stromspeicher wird ähnlich wie die Erzeugung Erneuerbarer
61 Energien dezentral sein. Wir wollen diese technologischen Optionen gerade für die
62 kommunale Erzeugung Erneuerbarer Energien nutzen.

63 Die SPD hat mit der Innovationsregion Rheinisches Revier eine Plattform geschaffen, mit
64 der die Energiewende konkret für die Weiterentwicklung der Region genutzt werden kann.
65 Viele Unternehmen, WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und PolitikerInnen
66 bringen sich hier aktiv ein. Die SPD setzt sich hier deutlich von der konservativ-grünen
67 Kreistagsmehrheit ab, die nur versucht, populäre Begriffe zu besetzen. Ein Energie-
68 Kompetenz-Zentrum (EKOZ) als Versorgungswerk für Parteipolitiker zu schaffen, ohne
69 Inhalte geklärt zu haben, reicht nicht.

70 Die SPD wird die Innovationsregion Rheinisches Revier nutzen, um unsere Energieregion
71 weiter zu entwickeln. Die Geschäftsführung der Innovationsregion muss künftig klarer das
72 zentrale Bergbauggebiet im Fokus haben, statt durch Verbandsbezüge Aachen-lastig zu
73 wirken. Ferner begrüßen wir das klare Bekenntnis im neuen Koalitionsvertrag von SPD und
74 Grünen im Land, die Innovationsregion auch mit Infrastrukturprojekten zu verbinden. Hier
75 gilt es, Benachteiligungen der Vergangenheit, die durch die Inanspruchnahme von
76 Tagebauflächen begründet war, auszugleichen. So können wir mit der Innovationsregion
77 für den Rhein-Erft-Kreis wirken und uns vor dem Hintergrund der Energiewende auf zu
78 neuen Energien machen.



1 Antragsteller: Kreisvorstand

2 A4 - Antrag zum SPD-Kreisparteitag:

3 Eine Verkehrsinfrastruktur auf der Höhe der Zeit für einen 4 modernen Kreis

5 Beschlussentwurf:

6 Die Rhein-Erft SPD bekennt sich zu der Notwendigkeit, in Ausbau und Erhalt der
7 Verkehrsinfrastruktur mit den Anforderungen der Zeit Schritt zu halten. Das bedeutet:
8 Investitionen in den Erhalt, in die Unterhaltung und in den Neubau von Straßen sollten
9 mindestens mit den Abschreibungen gleichziehen. Bei Radwegen sollten sie die
10 Abschreibungen überschreiten. Hierfür sind wir auch bereit, langfristige Kredite
11 aufzunehmen. Wir bekennen uns zum Neubau von Umgehungsstraßen, die notwendig
12 sind, um die Menschen in den Orten vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Die SPD erhält
13 den ÖPNV als vernetztes System in der Fläche. Die Abkopplung ganzer Ortschaften vom
14 Busnetz zugunsten von „Schnellbuslinien“ lehnen wir ab. Wir unterstützen
15 Verbesserungen im Bahnnetz, insbesondere den Ausbau des S-Bahn-Angebotes. Eine
16 moderne Verkehrsinfrastruktur schafft Alternativen zum Gütertransport und zur
17 individuellen Mobilität auf den Straßen, erkennt aber gleichzeitig an, dass gerade in einem
18 Flächenkreis viele Menschen auf ihr Auto und damit auf ein effizientes Straßennetz
19 angewiesen sind.

20 Begründung:

21 Der Rhein-Erft-Kreis liegt mitten in der Wachstumsregion entlang des Rheins von
22 Düsseldorf bis Bonn mit Köln im Zentrum. Bevölkerung und Wirtschaftskraft nehmen zu.
23 Güter müssen befördert werden und Menschen mobil bleiben.

24 Um einen funktionierenden Austausch von Waren und Dienstleistungen zu gewährleisten
25 und zu verbessern, ist eine gut ausgebaute Infrastruktur dringend erforderlich. Mobilität
26 ist für eine Beteiligung an einer vernetzten Wirtschaftswelt unabdingbar.

27 Auch der industriepolitische Aspekt ist für die weitere Entwicklung unserer Infrastruktur
28 von herausragender Bedeutung. Infrastrukturpolitik dient somit nicht nur dem Erhalt und
29 dem Ausbau der infrastrukturellen Vorleistung für unsere Wirtschaftskraft, sondern sie ist
30 Motor für Innovation und Nachhaltigkeit.

31 Deshalb müssen wir im Rhein-Erft-Kreis dafür sorgen, dass Infrastruktur für den
32 Güterverkehr auf Schiene, Binnenschiff und Straße, für den Personenverkehr mit Bus und
33 Bahn allerdings auch mit Auto und Fahrrad den wachsenden Mobilitätsbedürfnissen
34 gerecht werden. Zukünftig wird auch dem Bereich der Elektromobilität erhöhte
35 Aufmerksamkeit zu widmen sein.

36 Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur darf dabei keinesfalls an dem populistischen
37 Profilierungsprojekt Schuldenfreiheit von Landrat und CDU und an rein ideologisch
38 motivierten Fundamentalpositionen der Grünen scheitern.

39 Seit Jahren investiert der Rhein-Erft-Kreis weniger in Erhalt und Ausbau seiner Straßen und
40 Radwege, als an Wertverlust über Abschreibungen entsteht. Das ist eine Entwicklung, die
41 zum Qualitäts- und Wertverlust des Straßennetzes führt. Das Straßennetz wird immer
42 weniger wert und verliert an Qualität. Das wollen wir ändern und die Investitionen in in

43 diesem Bereich mindestens auf das Niveau der Abschreibungen, im Bereich der Radwege
44 sogar darüber hinaus anheben.

45 Im Kreis warten viele wichtige Straßenbauprojekte auf ihre Umsetzung. Hierzu gehören die
46 Ortsumgehungen in Frechen-Buschbell, Hürth-Hermülheim, in Pulheim-Brauweiler /
47 Bergheim-Glessen und in Pulheim-Sinnersdorf, die eine erhebliche Entlastung der
48 Bürgerinnen und Bürger durch die Reduzierung des Durchgangsverkehrs darstellen.. Die
49 SPD unterstützt Planung und Bau dieser und anderer Ortsumgehungen.

50 Die Schwarz-Grüne Koalition mit ihrer Partnerin, der FDP im Kreis möchte die Buslinien der
51 REVG so verändern, dass sie zukünftig als sogenannte Schnellbuslinien die großen
52 Ortschaften miteinander verbinden. Haltestellen zwischen den großen Knotenpunkten
53 sollen wegfallen.. Insbesondere kleinere Ortschaften werden auf diese Weise vom Busnetz
54 abgekoppelt. Die Rhein-Erft SPD lehnt diese Pläne ab.

55 Immer größer werdende Personengruppen bewegt die Bahn effizient und unabhängig von
56 den übrigen Verkehrsverhältnissen. Die bestehenden Angebote sind dafür jedoch noch
57 nicht ausreichend und zeitgemäß. Der Ausbau des S-Bahn-Angebotes im Kreis ist deshalb
58 eines unserer zentralen Vorhaben.

59 Die Rhein-Erft SPD hat 2010 ein S-Bahn-Konzept für den Rhein-Erft-Kreis entwickelt. Der
60 Zweckverband Nahverkehr Rheinland hat es fast vollständig in seine Planungen
61 übernommen. So soll die Bahnverbindung von Grevenbroich über Pulheim und Köln nach
62 Düsseldorf im S-Bahn-Standard ertüchtigt werden. Eine weitere S-Bahn soll von Kall
63 kommend Erftstadt und Hürth nach Köln anbinden. Eine neue S-Bahn-Linie soll von Köln
64 über Horrem und Bergheim nach Bedburg führen. Bis 2030 soll dieses ambitionierte
65 Konzept, das auch zahlreiche bauliche Veränderungen mit sich bringt, umgesetzt sein.

1 Antragsteller: Jusos Rhein-Erft

2 A5 - Antrag zum SPD-Kreisparteitag

3 **Klassenloses Bahnfahren**

4 Beschlussentwurf:

5 Die Rhein-Erft-SPD setzt sich dafür ein die 1. Klasse im Regionalverkehr der Bahn
6 abzuschaffen und somit das Sitzplatzangebot für alle Fahrgäste zu vergrößern. Die SPD
7 wird sich nun in den entsprechenden Gremien des Verkehrsverbundes für die
8 Abschaffung einsetzen.

9

10 Begründung:

11 Gerade zu Hauptverkehrszeiten sind Regionalzüge und S-Bahnen oft völlig überfüllt,
12 während Sitzplätze in der 1.Klasse ungenutzt bleiben. Den zahlreichen Nutzern von z.B.
13 Schüler- Berufs-, Monats- oder Studententickets steht zeitgleich in der „2.Klasse“ aber
14 zu wenig Raum zur Verfügung. Um die Attraktivität des umweltverträglichen
15 Bahnfahrens zu steigern, fordern wir, dass allen Gästen ein ausreichendes
16 Sitzplatzangebot geboten wird. Klassifizierungen sind gesamtwirtschaftlich unsinnig
17 und unzeitgemäß.

Antragsteller: Jusos Rhein-Erft

A6 - Antrag zum SPD-Kreisparteitag

Vorratsdatenspeicherung ablehnen!

Beschlussentwurf:

Wir lehnen die Wiedereinführung einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung ab. Eine großflächig eingesetzte technische Infrastruktur zur Überwachung und Speicherung von Telekommunikationsdaten passt nicht in unser Bild einer modernen und solidarischen Gesellschaft.

Die Speicherung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen zudem ein unverhältnismäßiges Risiko, dass nicht mit vermeintlichen – aber nicht zu belegenden – Vorteilen bei der Strafverfolgung aufgewogen werden kann. Wir sprechen uns ebenso klar gegen die vermeintlichen Kompromisslösungen aus, wie beispielsweise die Speicherzeit für Vorratsdaten zu verkürzen, da diese die Kernprobleme der Vorratsdatenspeicherung nicht ansatzweise lösen.

Wir fordern die SPD Landtagsfraktion NRW, die SPD Bundestagsfraktion, den SPD Landesverband NRW, den SPD Bundesverband und die sozialdemokratischen Mitglieder der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament daher auf,

sich gegen eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung jeglicher Art in Deutschland auszusprechen und entsprechende Gesetzesinitiativen abzulehnen

auf europäischer Ebene für eine Überarbeitung der Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsspeicherung einzutreten, um die Mitgliedsstaaten von der Überwachungspflicht zu befreien aber gleichzeitig Überwachungsexzesse, wie sie in anderen EU-Staaten stattfinden, zu beschränken

sich dafür einzusetzen, Strafverfolgungsbehörden mit ausreichendem Budget, Personal und Know-How so auszustatten, dass eine effektive Strafverfolgung möglich ist.

Begründung:

Mit der Vorratsdatenspeicherung sollen 6 Monate lang generell alle Verbindungsdaten von allen Bürgerinnen und Bürger gesammelt und gespeichert werden. Zur diesen Daten gehört zum Beispiel, wann man mit wem wie lange telefoniert hat. Im Fall von Mobiltelefonen kommt dazu, dass die Standorte der Teilnehmer gespeichert werden. Daraus lassen sich leicht Bewegungs- und Verhaltensprofile bilden. Hier werden Maßnahmen, die sonst nur gegen Schwerverbrecher eingesetzt werden, auf ganz normale, unbescholtene Bürgerinnen und Bürger angewandt. 82 Millionen Deutsche werden ständig beobachtet. Grundlage für die Vorratsdatenspeicherung ist die EU-Richtlinie

39
40
41

42 Verschiedene Studien haben in der Vergangenheit gezeigt, dass
43 Vorratsdatenspeicherung keineswegs zu einer erhöhten Aufklärungsquote beiträgt.
44 Einzig die Grundwerte und der Datenschutz leiden unter einer
45 Vorratsdatenspeicherung, jedoch bleibt die Aufklärungsquote unberührt.

1

2 Antragsteller: Jusos Rhein-Erft

3 A7 - Antrag zum SPD-Kreisparteitag

4 **Antragskommission reformieren**

5 Beschlussentwurf:

6 Die SPD im Rhein-Erft-Kreis beschließt, dass die Antragskommission zukünftig keine
7 Beschlussempfehlungen mehr vergibt. Sie dient lediglich der Ordnung der
8 eingegangenen Anträge und unterstützt das Präsidium. Sollte ein Antrag durch andere
9 Umstände erledigt sein, so kann dies durch das Tagungspräsidium angezeigt werden
10 und der Antragssteller und die Versammlung gemeinsam entscheiden, wie zu
11 verfahren ist.

12

13 Begründung:

14 Die SPD im Rhein-Erft-Kreis hat 2009 das Mitgliederprinzip eingeführt. „Mehr
15 Demokratie wagen“, der oft rezitierte Satz von Willy Brandt scheint 50 Jahre nach
16 seiner ersten Aussprache innerparteilich endlich auf einem guten Weg. Es ist nicht
17 verständlich, warum die Genossinnen und Genossen auf den Parteitag einen
18 Vorschlag benötigen, der ihnen aufzeigt, wie sie zu entscheiden hätten. Wir sind alle
19 mündige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die in der Lage sind, selbst
20 darüber zu entscheiden, wie sie abzustimmen zu haben. Sollte ein Antrag durch andere
21 Umstände erledigt sein, so kann dies durch das Tagungspräsidium angezeigt werden
22 und der Antragssteller und die Versammlung gemeinsam entscheiden, wie zu
23 verfahren ist. Auch ist die Antragsfülle nicht so groß, dass es angemessen wäre
24 Beschlussvorschläge zu machen.

Antragsteller: Jusos Rhein-Erft

A8 - Antrag zum SPD-Kreisparteitag

Frauen in Erwerbsarmut

Beschlussentwurf:

Die SPD Rhein-Erft steht hinter dem Slogan „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und stellt sich der Problematik der ungerechten Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau. Die durchschnittlichen 23% Lohn, die Frauen weniger verdienen, sind nicht zu entschuldigen. Frauen haben durchschnittlich einen besseren Bildungserfolg und werden anschließend in der Arbeitswelt aussortiert und diskriminiert. Das widerspricht der sozialdemokratischen Logik, dass Bildung sozialen Aufstieg ermöglichen muss. Diese Tatsachen lassen sich in jeder Branche beobachten: Von der Aktiengesellschaft bis hin zum Lebensmittelhandel. Die Sozialdemokratie kann das nicht hinnehmen und setzt sich für ein Gesetz ein, dass die Ungleichbezahlung von Mann und Frau als Diskriminierung einstuft und als strafrechtlich relevanten Tatbestand betrachtet.

Um zum einen Ungleichbezahlung entgegenzutreten und zum anderen dafür zu sorgen, dass alle Menschen von ihrer Erwerbsarbeit leben können, setzt die SPD Rhein-Erft sich für einen Mindestlohn ein von mindestens 8,50€ die Stunde, der gewährleisten muss, dass Menschen ihren natürlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse gerecht werden. Dabei müssen Leih- und Zeitarbeit, als auch die 400-Euro-Jobs zurückgefahren werden und dürfen nicht mehr als Ersatz zur vollen Erwerbsarbeit oder als Lohnminderung genutzt werden.

Das Betreuungsgeld der Bundesregierung, die sog. 'Herdprämie', muss dringend verhindert werden. Die vermeintlich christlich-liberale Koalition setzt damit ein Wertegerüst ihrer Parteien in gesellschaftliche Realität um. Dieses Vorhaben belastet vor allem den gesellschaftlichen Stand von Frauen und Müttern. Die SPD Rhein-Erft soll sich auf dem Bundesparteitag für eine klare Kante gegen die Herdprämie einsetzen und den gesellschaftlichen Dialog über feministische Antworten auf den schwarzen Sexismus ankurbeln.

Die sozialdemokratische Antwort auf das Betreuungsgeld ist der Ausbau von KiTa-Plätzen und die Beitragsfreiheit für alle Bildungsetappen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken empfiehlt es sich im aktuell problematisierten U3-Bereich auch auf Betreuungsplätze am Arbeitsplatz zu setzen. So kann der aktuelle Engpass überbrückt werden und die Kommunen können vor Massenklagen ab dem Jahr 2013 geschützt werden. Die Abgeordneten des Landtages und die Funktionäre auf Landesebene der SPD Rhein-Erft sind beauftragt diesen Impuls an die Landesregierung heranzutragen und dafür zu sorgen, dass die Landesregierung die Initiative von großen Firmenstandorten einfordert und einen gesetzlichen Rahmen für diese neue Betreuung zu schaffen. Aber auch vor Ort lohnt es sich mit der Wirtschaft in einen Dialog zu treten und um Betreuungsplätze am Arbeitsplatz zu werben.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich

1

2 Antragsteller: Jusos Rhein-Erft

3 A9 - Antrag zum SPD-Kreisparteitag

4 **Einrichtung von Gesamt- und Sekundarschulen im Kreisgebiet fördern**

5 Beschlussentwurf:

6 Die Rhein-Erft-SPD befürwortet den Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung in
7 Nordrhein-Westfalen. Dieser sieht unter anderem die Gründung von Sekundar- und
8 Gesamtschulen vor. Die Rhein-Erft-SPD wird sich konsequent für die Errichtung neuer
9 Sekundar- und Gesamtschulen stark machen und örtliche Initiativen hierfür
10 unterstützen.

11 Begründung:

12 Die SPD trat bereits sehr früh für die Errichtung von Gesamtschulen in Deutschland ein.
13 Im durch SPD, CDU und Grüne beschlossenen Schulkonsens wird die Gründung von
14 Sekundar- und Gesamtschulen ausdrücklich gefordert, welche konsequent Schritt für
15 Schritt umgesetzt werden soll. Die gestiegene Nachfrage nach Gesamtschulplätzen
16 verdeutlicht die steigende Beliebtheit dieses Schultyps im Rhein-Erft-Kreis. Die Rhein-
17 Erft-SPD muss diesen Wünschen und Vorgaben gerecht werden und sich deutlich für
18 neue Gesamt- wahlweise Sekundarschulen im Kreis stark machen. Diese ermöglichen
19 ein längeres, gemeinsames Lernen bis zur zehnten Klasse, wie die Jusos es bereits seit
20 Jahren fordern. Das von uns abgelehnte Turboabitur (G8) ist an Gesamtschulen nicht
21 vorgesehen, was einen besonders starken Grund für die Beliebtheit des Schultyps
22 darstellt. Zudem lässt sich die ebenfalls von unserer Partei geforderte Inklusion in
23 Gesamtschulen besonders gut umsetzen. Alle Schulabschlüsse können an einer Schule
24 erreicht werden, ein Wechsel der Schule ist daher nicht notwendig. Sofern die
25 Voraussetzungen für Gesamtschulen in einer Stadt nicht gegeben sind, sind
26 Sekundarschulen zu errichten.

Resolution der Jusos Rhein-Erft

Rechtsextremismus im Kreis entschieden entgegentreten

Wir Jusos Rhein-Erft wenden uns gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus, da sie nicht mit einer toleranten und offenen Gesellschaft vereinbar sind. Die neuesten Entwicklungen im Rhein-Erft-Kreis, insbesondere die Schmierattacken an öffentlichen Plätzen, aber auch an unseren Parteihäuser zeigen, dass Rechtsextremismus auch im Kreis ein nicht zu unterschätzendes Problem darstellt. Aktivitäten gegen diesen immer offener auftretenden Rechtsradikalismus müssen auch weiterhin fester Bestandteil unserer Juso-Arbeit sein. Rechtes Gedankengut ist mittlerweile in jeder Jugendszene und Musikkultur sowie in fast allen Gesellschaftsschichten vertreten.

Die Jusos Rhein-Erft stehen uneingeschränkt für ein friedliches Miteinander aller kultureller Gruppen im Kreis und wollen daher auch weiterhin das Bewusstsein gegen rechte Gewalt in der Bevölkerung stärken. Die mit Falken und der Grünen Jugend gemeinsame Initiierung des Aktionsbündnisses "Kein Raum für Rechts" war ein erster Schritt in die richtige Richtung, ist jedoch nur ein Teil der Bemühungen. Die Wahl rechts gerichteter Parteien in den Kreistag sowie in den Stadtrat der Kreisstadt Bergheim ist ein weiteres Indiz für ein gefährliches rechtsradikales Potential im Kreis, dem entschlossen entgegen getreten werden muss. Ziel unserer Arbeit muss es daher auch sein, den rechten Parteien im Wahlkampf um die nächsten Kreis- und Stadtparlamente mit aller Macht entgegen zu wirken.

Wir Jusos werden auch in Zukunft in vielfältiger Form aktiv gegen alle rechten Tendenzen im Kreis vorgehen. Wir mobilisieren gegen Nazi-Demos und organisieren Aktivitäten vor Ort, klären über die Hintergründe rechter Handlungen auf und widersprechen entschieden jeden neonazistischen „Argumenten“.

1 Antragsteller: Jusos Rhein-Erft

2 A11 - Antrag zum SPD-Kreisparteitag

3 **Reißverschlussprinzip einführen - Gleichberechtigung in der Kreis- und**
4 **Kommunalpolitik**

5 Beschlussentwurf:

6 Die SPD Rhein-Erft ändert ihre Satzung im §14 „Quotierung“ wie folgt:

7 Streiche in Absatz (2) der Satzung: „Ziel ist die paritätische Besetzung der Funktionen
8 und Mandate (§11 Organisationsstatut)“

9 Füge einen neuen Absatz (3) ein: „Bei der Aufstellung von Mandatsträgerinnen und
10 Mandatsträgern gilt das Reißverschlussprinzip. Dabei wird auf der
11 Mitgliederversammlung die Listenwahl anschließend quotiert ausgewertet, so dass in
12 der Liste immer Frau und Mann aufeinanderfolgen. Das Geschlecht der Spitzenposition
13 wird durch das beste Wahlergebnis bestimmt. Sollte ab einem bestimmten Punkt eine
14 Liste nicht mehr paritätisch besetzt werden können, so wird weiter nach Wahlergebnis
15 besetzt. Zusätzliche paritätische Lösungen ordnen sich dem Reißverschlussprinzip
16 unter.“

17 Absatz (3) wird zu (4).

18 Begründung:

19 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten liegt es uns am Herzen, Frauen und
20 Männer gleichberechtigt am politischen Geschehen zu beteiligen. Leider sind Frauen
21 gerade auf kommunaler Ebene immer noch stark unterrepräsentiert. Durch die
22 Einführung des Reißverschlussprinzips könnten wir den Frauen in unserer Partei die
23 Chance geben unabhängig von Wahlergebnis und Wahlkreis vertreten zu sein. So soll,
24 wie oben beschrieben, durch die Satzungsänderung auf den Listen für Kommunal- und
25 Kreistagswahlen immer Frau und Mann nacheinander folgen.

26 Das liefere dann in etwa so ab: Wir befinden uns im Ortsverein Neuheim. Wir haben eine
27 Liste, die 10 Plätze aufweist. Die Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich zur Wahl.
28 Im Ergebnis hat die Genossin Barbara Schmidt die meisten Stimmen, Genossin Maria
29 Becker die zweit meisten Stimmen und der Genosse Frank Heinz die dritt meisten
30 Stimmen. Durch das Reißverschlussprinzip käme Genossin Barbara somit auf den
31 ersten Platz, anschließend Genosse Frank Heinz auf den zweiten Platz und Genossin
32 Maria auf den dritten Platz. Das ganze selbstverständlich auch anders herum.

- 34 Gäbe es im Ortsverein eine zusätzliche paritätische Lösung, beispielsweise eine, um
35 Distrikte oder Ortsteile paritätisch zu verteilen auf die Liste, so ordnet sich diese Lösung
36 unter. So, dass Ortschaften immer noch gleich und gerecht vertreten sein können, die
37 Wahlkreise/Distrikte, die aber eine Frau aufstellen durch das Reißverschlussprinzip
38 zum Ausgleich verhelfen.

Tischvorlage

Mentorenprogramm fortführen und Teilnehmer in der Praxis einbinden

Wir Jusos fordern die Rhein-Erft-SPD hiermit auf, das Mentorenprogramm auch in Zukunft bestmöglich zu bewerben und fortzuführen. Eine Evaluation am Ende eines jeden Programms könnte dazu beitragen, die Qualität fortlaufend zu steigern. Zudem möge die Rhein-Erft-SPD als Ausrichter des Programms den Ortsvereinen die intensive Einbindung und Einarbeitung der Teilnehmer in die Arbeit vor Ort nahelegen, um deren erworbenen Kenntnisse zu stärken.

Begründung:

Das damals von den Jusos geforderte Mentorenprogramm wird momentan zum zweiten Mal durchgeführt. In dem Mentorenprogramm werden junge und neue Genossen in die wichtigsten Aspekte der Kommunalpolitik sowie andere wichtige Themen in der Politik eingeführt. Die Teilnehmer des ersten Jahres empfanden das Programm als informativ, interessant und spannend. Durch die gemeinsamen Seminare lernen sich Genossen aus unterschiedlichen Gemeinden kennen, was ebenfalls als ein sehr positiver Aspekt angesehen wird. Die Ausrichtung eines weiteren Mentorenprogramms in diesem Jahr zeigt, dass die Nachfrage da ist und die Rhein-Erft-SPD einen richtigen Weg eingeschlagen hat.

Originäres Ziel des Mentorenprogramms ist es, neue Mitglieder fit für die Kommunalpolitik zu machen. Die Entwicklung der Mitgliederzahlen macht deutlich, dass es einer solchen Heranführung an Arbeit in Fraktion und Partei bedarf, da es immer weniger junge Menschen in unserer Partei gibt. Daher ist es umso wichtiger, diese Genossen zu fördern, damit sie mittelfristig die Standpunkte der SPD aktiv vertreten können. Aus diesem Grund muss auch in Zukunft für das Mentorenprogramm geworben werden, um auch im nächsten Jahr Genossen auszubilden. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Mitglieder ihre neu erworbenen Kenntnisse auch praktisch einsetzen können. Dies ist nur durch eine direkte Mitarbeit in der Fraktion oder im Ortsverein möglich. Die Ortsvereine selbst sollten ein großes Interesse daran haben, den kompetenten Nachwuchs weiter zu fördern.

Antragsteller: Jusos Rhein-Erft

A13 - Antrag zum SPD-Kreisparteitag

RWE muss Verantwortung für die Region übernehmen – VorWeg gehen für den Mittelstand!

Beschlussentwurf:

Die SPD im Rhein-Erft-Kreis möge die RWE Power AG auffordern, auch in Zukunft ihrer sozialen Verantwortung für die Menschen in der Region nachzukommen, indem sie den nötigen Strukturwandel in der Region bereits heute begleitet, und dem ansässigen Mittelstand bei der Sicherung des Know-How's für den Bereich der Energiegewinnung - auch für den Wandel hin zu den Erneuerbaren aktive Hilfestellung leistet.

Begründung:

Das rheinische Braunkohlerevier liefert bereits seit rund 120 Jahren Energie für die gesamte Mittelrheinregion. Die Menschen in unserer Region leben seit über 120 Jahren mit und von der Braunkohle. Die Braunkohlenindustrie hat gute Arbeit und bescheidenen Wohlstand in die Region gebracht. Der Rhein-Erft-Kreis in seiner guten Verfassung wäre ohne die Braunkohle nicht denkbar.

Das Unternehmen RWE bzw. seine zahlreichen Vorgänger hat sich in 120 Jahren ebenfalls verändert. Aus dem vor Ort stark verankerten Unternehmen, dass wusste wo es her kommt und das die Umgebung, also die Menschen und die regionale Wertschöpfung respektierte, ist ein großer, börsennotierter Konzern geworden, der sich immer mehr kurzfristigen Entscheidungen mit Rücksicht auf die Aktionäre aber nicht auf die ArbeitnehmerInnen und Menschen in der Umgebung die oftmals abhängigen mittelständischen Unternehmen.

Dies stellt die Region vor große Probleme! So wird sich – begründet durch die Energiewende - auf Kosten der Stadt Bergheim gesund gerechnet und keine Gewerbesteuer bezahlt, was die Stadt kurz vor den Ruin stellt. Auch andere Kommunen im Kreis sind durch die wegfallenden Gewerbesteuerereinnahmen und die über die Jahrzehnte entstandene Abhängigkeit von RWE Power vor schier unlösbare Herausforderungen gestellt, wenn diese ihre Verantwortung vor Ort einschränken oder nicht mehr wahrnehmen. Auch bei sozialen Projekten wird gekürzt! So wird im Vorlauf zu Konzessionsverhandlungen die Förderung von gesellschaftlichen Aktivitäten z.B. von Vereinen eingestellt, da man nur in Kommunen in denen man wirtschaftlich aktiv ist auch eine Förderung der Gesellschaft vor Ort vorsieht – das ist nicht richtig und wird der Verantwortung des Unternehmens nicht gerecht.

36

37

38 Die RWE Power AG ist ein Gewinnorientiertes Unternehmen, welches durch die
39 Energiewende zu Umstrukturierungen und Investitionen gezwungen ist, allerdings hat
40 sich die SPD massiv in den Koalitionsverhandlungen in NRW gegen die Grünen dafür
41 eingesetzt, das Projekt BOA Plus zu genehmigen. So sollte eine Reduzierung der
42 Emissionen und eine Sicherung der Arbeitsplätze vor Ort erreicht werden – leider zieht
43 RWE wenige Monate danach das Projekt in Zweifel und wird dieses möglicherweise
44 nicht mehr realisieren. Ein zuverlässiger Partner sieht anders aus.

45 Daher fordern wir die RWE Power AG auf, den Strukturwandel aktiv mit zu bestreiten
46 und dabei zu helfen, dass die Kernkompetenz der Region –die Energiegewinnung –
47 weiter ausgebaut wird und das Revier am Ende von der Energiewende profitiert. Wir
48 fordern RWE auf, auch Verantwortung für den Mittelstand zu übernehmen, da dieser
49 in unserer Region in starkem Maße unmittelbar oder mittelbar von der RWE AG
50 abhängig ist. Wir möchten, dass RWE für den Mittelstand “VorWeg“ geht, so dass der
51 Energiesektor auch in Zukunft Arbeitsplätze und Wohlstand für alle in der Region
52 sichert.



1 Antragsteller: AG 60plus Kreisvorstand

2 A14 - Antrag zum SPD-Kreisparteitag:

3 **Barrierefreie Gehwege:**

4 Beschlussentwurf:

5 Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Rhein-Erft-Kreises werden
6 aufgefordert, entsprechende Verwaltungsanordnungen zur Sicherstellung der
7 barrierefreien Nutzung der Gehwege unter Beachtung von Art. 4 UN-
8 Behindertenkonvention zutreffen. Der nötige ausreichende Freiraum der Gehwege zur
9 barrierefreien Nutzung hat wenigstens 1,20 m zu betragen. Die Barrierefreiheit ist von
10 den Ordnungsbehörden durch Kontrollen sicherzustellen.

11 Begründung:

12 Um die Gehwege barrierefrei mit Rollstühlen, Rollatoren, Zwillingskinderwagen und
13 Kinderwagen nutzen zu können, ist eine ausreichende Mindestbreite von 1,20m
14 erforderlich. Zusätzlich ist sicherzustellen, dass Kinder bis zum 10. Lebensjahr den
15 Gehweg mit dem Fahrrad ungehindert nutzen können.
16 Kinder bis zum 8. Lebensjahr müssen mit dem Fahrrad in jedem Fall den Gehweg
17 benutzen. (§2 Abs. 5 StVO)

18 Die barrierefreie Nutzung der Gehwege wird insbesondere durch das Zurückstellen der
19 Müllgefäße nach der Leerung durch die Abfallentsorgungsunternehmen verhindert.
20 Diese stellen die Müllgefäße in der Regel nach der Leerung auf die Gehwege zurück. Die
21 bedeutet ein Verstoß gegen Art. 4 UN-Behindertenkonventionen. Nach den derzeit
22 bestehenden Abfallsatzungen der Städte im Rhein-Erft-Kreis sind die Bürger
23 verpflichtet, die Müllgefäße vor der Leerung an die Grundstücksgrenze zu stellen.

24 Um die barrierefreie Nutzung der Gehwege sicherzustellen, sind entsprechende
25 Verfügungen zu treffen, die Abfallentsorgungsunternehmen zu verpflichten,
26 die Müllgefäße nach der Leerung wieder ordnungsgemäß auf die Grundstücke
27 zurückzustellen. Die bedeutet keinen erheblichen zeitlichen Mehraufwand. Die
28 veränderte Rechtslage durch Art. 4 UN-Behindertenkonvention sowie die Vorschriften
29 der StVO verpflichtet die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister entsprechend tätig zu
30 werden. Sie sind daher aufzufordern, unverzüglich tätig zu werden und die
31 entsprechenden Anordnungen zu treffen.